



EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSSENAT e.V.

Newsletter 01/2016

Liebe Senatorinnen, liebe Senatoren!

Die EU Kommission hat am 28. Januar 2016 neue Vorschläge zur Bekämpfung der Steuervermeidung auf Unternehmensebene vorgestellt (siehe dazu Top 2).

Der jährliche Beschäftigungs- und Sozialbericht (Report on Employment and Social Developments in Europe) wurde am 21. Januar 2016 in Brüssel vorgestellt. Er analysiert die neuesten Trends im Beschäftigungs- und Sozialbereich und weist Überlegungen zu sich abzeichnenden Problemen und möglichen politischen Reaktionen auf (siehe Top 3).

Vom 17.-19. März findet in Berlin die Weltsteuerzahler-Konferenz statt. Akteure und weltweit anerkannte Experten aus Wissenschaft, Industrie und Politik treffen sich, um unter dem Motto: „Niedrige Steuern und Good Governance – eine Notwendigkeit in einer unsicheren Welt?!“ den positiven Einfluss der Steuersysteme auf das Wirtschaftswachstum, die Auswirkungen der Bürokratie und von guter Regierungsführung (Good Governance) sowie die Frage des Einflusses von politischen Interessen auf Steuersysteme zu diskutieren (siehe dazu Top 1).

Das Jahr 2016 wird viele Herausforderungen für die Wirtschaft mit sich bringen. Wir wollen mit unseren Veranstaltungen wichtige Themen aufgreifen und den Sachverstand der Wirtschaft der Politik auf verschiedensten politischen Ebenen näher bringen. Unter Top 4 finden Sie den aktuellen EWS-Veranstaltungsplan für das Jahr 2016.

Es grüßen Sie herzlich

*Dr. Ingo Friedrich
Präsident*

*Michael Jäger
Geschäftsführer*

*Wolfgang Franken
Generalsekretär*

Inhalt

- [1. Weltsteuerzahlerkonferenz Berlin, 17.-19. März 2016](#)
- [2. Neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung auf Ebene der Unternehmen](#)
- [3. Beschäftigungs- und Sozialbericht 2015: Wirtschaftswachstum dank Humankapital](#)
- [4. EWS-Veranstaltungsplan 2016](#)

1. Weltsteuerzahlerkonferenz Berlin, 17.-19. März 2016

„Niedrige Steuern und Good Governance – eine Notwendigkeit in einer unsicheren Welt?!“

Mit diesem Newsletter laden wir Sie sehr herzlich zur Weltsteuerzahlerkonferenz, die vom 17.-19. März in Berlin stattfindet, ein.

Organisiert wird der Kongress vom Bund der Steuerzahler sowie den Welt- und Europaverbänden der Steuerzahler WTA und TAE.

Akteure und weltweit anerkannte Experten aus Wissenschaft, Industrie und Politik treffen sich, um unter dem Motto: „Niedrige Steuern und Good Governance – eine Notwendigkeit in einer unsicheren Welt?!“ den positiven Einfluss der Steuersysteme auf das Wirtschaftswachstum, die Auswirkungen der Bürokratie und von guter Regierungsführung (Good Governance) sowie die Frage des Einflusses von politischen Interessen auf Steuersysteme zu diskutieren.

Wir würden uns über Ihre Teilnahme sehr freuen!

Tagungsort

Mercure Hotel Berlin Tempelhof
Hermannstrasse 214-216, D-12049 Berlin, Germany

Auszug der Rednerliste

<http://www.taxpayers.events/keynote-speakers>

Programm

[Link zum Programm](#)

Hotelreservierung

Zimmerreservierung unter +49 (0)30 62780130 telefonisch oder per Mail an:

h1894-re@accor.com unter dem Code „WoConf“ buchen.

Registration/Anmeldung

Der EWS übernimmt jeweils für einen unserer EWS-Wirtschaftssenatoren / eine unserer EWS-Wirtschaftssenatorinnen je Mitgliedsunternehmen die Tagungsgebühr. Bei Interesse an einer Teilnahme bitten wir das Ihnen bereits zugesandte Anmeldeformular an das EWS-Büro München zu schicken.

[Link zur Online-Registrierung für externe Teilnehmer](#)

Konferenzsprachen

Die Konferenzsprachen sind deutsch und englisch.

[>>zurück](#)

2. Neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Steuervermeidung auf Ebene der Unternehmen

Die EU Kommission hat am 28. Januar 2016 neue Vorschläge zur Bekämpfung der Steuervermeidung auf Unternehmensebene vorgestellt. Die Maßnahmen sehen ein EU-weit koordiniertes Vorgehen vor und stützen sich auf die von der OECD im letzten Herbst entwickelten internationalen Standards.



Vizepräsident Valdis Dombrovskis, in der Kommission zuständig für den Euro und den sozialen Dialog, erklärte hierzu: *„Heute machen wir einen weiteren Schritt hin zu mehr Vertrauen in die Steuersysteme allgemein, indem wir ihre Fairness und Effizienz stärken. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass die Steuervorschriften für alle Einzelpersonen und Unternehmen gleichermaßen gelten. Die Unternehmen müssen ihren fairen Anteil am Steueraufkommen dort aufbringen, wo sie tatsächlich*

wirtschaftlich tätig sind. Europa kann bei der Bekämpfung der Steuervermeidung eine weltweite Führungsrolle übernehmen. Dies erfordert jedoch ein abgestimmtes Vorgehen auf europäischer Ebene, nicht 28 Ansätze in 28 Mitgliedstaaten.“

Zusammengenommen werden diese Maßnahmen die aggressive Steuerplanung von Unternehmen erheblich erschweren, für mehr Transparenz zwischen den Mitgliedstaaten sorgen und einen für alle Unternehmen faireren Wettbewerb im Binnenmarkt gewährleisten. Zur Bekämpfung von Steuervermeidung sollen die Mitgliedstaaten entschlossener und besser koordiniert gegen Unternehmen vorgehen und die internationalen Standards zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung umsetzen.

Wichtigste Elemente auf einem Blick:

- eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten, wie der Missbrauch von Steuerabkommen zu verhindern ist;
- ein Vorschlag über den Austausch von Steuerinformationen zwischen den Mitgliedstaaten über in der EU tätige multinationale Unternehmen;
- Maßnahmen, um international verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich zu fördern;
- eine neue Liste der EU für Drittländer, die sich nicht an die Regeln des Fair Play halten.

Das Paket ruht auf den **drei zentralen Säulen** der Agenda der Kommission für eine fairere Besteuerung:

- **Gewährleistung effektiver Besteuerung in der EU**

Der Grundsatz der Unternehmensbesteuerung besteht darin, dass Unternehmen dort Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Das Paket enthält konkrete Vorschläge, wie den Mitgliedstaaten geholfen werden kann, dies durchzusetzen. Die Kommission schlägt eine Richtlinie zur Bekämpfung der Steuervermeidung mit rechtsverbindlichen Maßnahmen vor, mit denen einige der häufigsten Steuervermeidungsstrategien ausgehebelt werden können. Ihre Empfehlung zu Steuerabkommen enthält Informationen darüber, wie die Mitgliedstaaten ihre Steuerabkommen am besten gegen Missbrauch schützen und dabei im Einklang mit dem EU-Recht vorgehen.

- **Mehr Steuertransparenz**

Transparenz ist von entscheidender Bedeutung, um aggressiven Steuerplanungsstrategien von Großunternehmen auf die Schliche zu kommen und einen fairen Steuerwettbewerb zu gewährleisten. Ziel ist es eine engere Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden zu schaffen. Die vorgeschlagene Regelung sieht vor, dass die nationalen Behörden Steuerinformationen über die Tätigkeiten multinationaler Unternehmen auf Länderbasis austauschen. Damit erhalten alle Mitgliedstaaten wichtige Informationen, um Steuervermeidungsrisiken nachzugehen und Steuerprüfungen gezielter durchzuführen.

- **Gewährleistung gleicher Wettbewerbsbedingungen**

Die EU möchte faire und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen und Länder schaffen. Das Paket umfasst eine Mitteilung über eine externe Strategie für effektive Besteuerung, mit der die folgenden Ziele verfolgt werden: Ausbau der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern bei der Bekämpfung der Steuervermeidung; Intensivierung der EU-Maßnahmen, mit denen weltweit eine faire Besteuerung auf der Grundlage internationaler Standards gefördert werden soll; einheitliches Vorgehen gegen externe Gefahren der Steuervermeidung.

[>>zurück](#)

3. Beschäftigungs- und Sozialbericht 2015: Wirtschaftswachstum dank Humankapital

Der jährliche Beschäftigungs- und Sozialbericht (*Report on Employment and Social Developments in Europe*) wurde am 21. Januar 2016 in Brüssel vorgestellt. Er analysiert die neuesten Trends im Beschäftigungs- und Sozialbereich und weist Überlegungen zu sich abzeichnenden Problemen und möglichen politischen Reaktionen auf.

Laut dem diesjährigen Bericht entwickeln sich die Bereiche „Beschäftigung und Soziales“ in der EU weiterhin positiv. Trotz der Verbesserungen in jüngster Zeit ist die Situation der Mitgliedstaaten im Hinblick auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und andere maßgebliche Sozial- und Arbeitsmarktindikatoren jedoch nach wie vor von großen Unterschieden geprägt. Viele dieser Unterschiede sind auf die in mehrfacher Hinsicht unzureichende Nutzung des Humankapitals zurückzuführen. Im Beschäftigungs- und Sozialbericht 2015 werden Wege zur Beseitigung der erwähnten Unterschiede aufgezeigt: Der Schwerpunkt liegt auf der Schaffung von Arbeitsplätzen, einem effizienten Arbeitsmarkt, der Modernisierung des Sozialschutzes und auf Investitionen in Menschen.



Marianne Thyssen, EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikationen und Arbeitskräftemobilität, erklärte: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen in der EU – vor allem die arbeitsmarktfernsten – mehr und bessere Chancen vorfinden. Zugleich müssen wir in Qualifikationsmaßnahmen investieren, damit alle Frauen und Männer in der EU ihr gesamtes Potenzial ausschöpfen können. Wenn wir Wachstum und Arbeitsplätze wollen, müssen wir in Menschen investieren. Zugleich müssen wir sicherstellen, dass unser Arbeitsrecht und unsere Sozialschutzsysteme mit den Anforderungen des 21. Jahrhunderts Schritt halten, und Unternehmertum und Innovation fördern. Die europäische Säule der Sozialrechte wird dabei eine wichtige Rolle spielen.“

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze fördern

Im Beschäftigungs- und Sozialbericht 2015 werden selbstständige Erwerbstätigkeit und Unternehmertum als Bereiche mit Potenzial zur Schaffung neuer Arbeitsplätze hervorgehoben. Entsprechende Daten zeigen jedoch, dass für bestimmte Personengruppen (z. B. junge und alte Menschen, Frauen, ethnische Minderheiten) die Hindernisse bei der Gründung eines eigenen Unternehmens höher sind als für andere. Zudem sind laut dem diesjährigen Bericht die meisten Menschen der Meinung, dass sie nicht über die für eine Unternehmensgründung nötigen Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen. Der Beschäftigungs- und Sozialbericht zeigt auf, dass sich dies mit gezielten Maßnahmen ändern lässt. Solche Maßnahmen reichen vom einfacheren Zugang zu Finanzierungen bis zu Steueranreizen, von unternehmerischer Ausbildung bis zu Betreuungsangeboten für Kinder und ältere Menschen.

Effizientere Arbeitsmärkte

Aus dem Bericht geht hervor, dass die EU ihre Humanressourcen mit Hilfe der Mobilität besser nutzen könnte. Die Zahl der mobilen Arbeitskräfte ist in den letzten beiden Jahrzehnten zwar gestiegen, ihr Anteil an der gesamten Erwerbsbevölkerung ist jedoch nach wie vor gering: Lediglich 4 % der EU-Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren leben in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem sie geboren wurden. Trotzdem haben mobile EU-Arbeitskräfte tendenziell bessere Beschäftigungsaussichten als die einheimische Bevölkerung. Darüber hinaus ist aufgrund dieser Mobilitätsbewegungen die Arbeitslosenquote in einigen der von der Krise am härtesten betroffenen Mitgliedstaaten gesunken, und in den Aufnahmeländern konnte der Personalmangel in einzelnen Bereichen abgebaut werden. Daher wird im Beschäftigungs- und Sozialbericht das in der Mobilität schlummernde Wirtschaftspotenzial deutlich hervorgehoben.

Ebenfalls Gegenstand des Berichts ist die Langzeitarbeitslosigkeit, von der rund 11,4 Millionen Menschen in der EU betroffen sind. Höhere Arbeitsmarkteffizienz lässt sich nur erreichen, wenn die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft wird, da die Chance, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, für langzeitarbeitslose Menschen nur halb so groß ist wie für vorübergehend arbeitslose Personen.

In Menschen investieren

Obwohl die Arbeitslosenquote in der EU nach wie vor hoch ist, haben Unternehmen weiterhin Probleme, bestimmte freie Stellen zu besetzen. Sie stoßen nicht nur an Grenzen, weil die gesuchten Qualifikationen tatsächlich am Arbeitsmarkt fehlen, sondern auch weil die Bezahlung oder die Arbeitsbedingungen sowie Ausbildungs- oder Karrierechancen, die sie bieten können, nicht attraktiv sind. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass ein signifikanter Teil der Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Ländern unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt ist. Die für dieses Jahr geplante Initiative für neue Kompetenzen, an deren Ausarbeitung die Kommission arbeitet, soll Antworten auf diese Herausforderungen geben. Darüber hinaus ist die Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern und von älteren Arbeitskräften nach wie vor sehr niedrig. Angesichts einer alternden Gesellschaft kommt der Förderung der Arbeitsmarktbeteiligung dieser Personengruppen besondere Bedeutung zu.

[>>zurück](#)

4. EWS-Veranstaltungsplan 2016

Das Jahr 2016 wird viele Herausforderungen für die Wirtschaft mit sich bringen. Wir wollen mit unseren Veranstaltungen wichtige Themen aufgreifen und den Sachverstand der Wirtschaft der Politik auf verschiedensten politischen Ebenen näher bringen.

[Link zum EWS-Veranstaltungsplan](#)

[>>zurück](#)

EWS-Newsletter-Redaktion

*Ingo Friedrich, Michael Jäger, Wolfgang Franken, Walter Grupp,
Lili Jassemi und Tobias Winkler*

*Quellen: Veröffentlichungen der EU-Kommission sowie des Europäischen Parlaments,
eigene Zusammenfassung*

Rückfragen

Europäischer Wirtschaftssenat e.V. (EWS)
Michael Jäger

Nymphenburger Str. 118, D-80636 München
Telefon: +49 (0) 89 126008-88 - Fax: +49 (0) 89 126008-47

www.eu-wirtschaftssenat.eu